

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

2.1.1923 (No. 1)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. M. D. Karlsruhe.

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 1516.

Abonnementspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 4. — Einzelnummer 40. — Anzeigenpreis: 25 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Telegramme werden nicht beantwortet. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

### Neujahrs-Festakt beim badischen Staatspräsidenten.

Nationale Freiheit über alles — Eine dem Frieden geweihte Zeit — Gegen die französische Militärdiktatur — Zeugnis und Einigkeit zu Reich und Stämmen.

Der badische Staatspräsident und Minister des Innern Adam Niemöller hatte für den Neujahrsfest, vormittags 11 1/2 Uhr die führenden Persönlichkeiten aus Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Handel, aus Kunst, Wissenschaft und Presse, sowie ferner solche aus der Beamten- und Arbeiterwelt und den großen Landesorganisationen der freiwilligen Hilfsstätigkeit zu einem Neujahrsfestakt in das Staatsministerialgebäude eingeladen. Die badische Regierung verfolgte dabei die Absicht, im Hinblick auf die ernste außenpolitische Lage unseres Vaterlandes mit diesem Festakt eine zeitgemäße Kundgebung zu verbinden.

Die führenden Persönlichkeiten der genannten Art hatten der Einladung überaus zahlreich Folge geleistet, so daß der Saal des Staatsministerialgebäudes bis zum letzten Platz gefüllt war.

In feierlicher und zugleich künstlerisch erhebender Weise wurde der Festakt durch den Vortrag von 2 Sätzen des Streichquartetts in C-Dur von Haydn eingeleitet. Das Quartett bringt bekanntlich im zweiten der Sätze die Melodie des von Haydn komponierten Liedes „Gott erhalte Franz den Kaiser“ in mehreren Variationen. Es war ein ergreifender Augenblick, als die Töne dieser Melodie, die ja gleichzeitig die der deutschen Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles“ ist, durch den Saal klangen. Es folgte sodann eine großangelegte, nicht nur für unser engeres Heimatland bedeutsame Rede des Staatspräsidenten, die sowohl inhaltlich wie rhetorisch einen starken und tiefen Eindruck hinterließ. Die vaterländische Ergriffenheit des Redners, dessen Ausdrucksweise sich aber von allem Phrasentum fernhielt, strömte auch auf die Zuhörer über. — Nach der Rede wurden 2 Sätze des Klavierquartetts von Dnslow gespielt. Im Empfangssaal fand dann eine kurze Neujahrsbeglückwünschung statt. Alles in schlichter, unaufdringlicher und gerade darum wohl um so herzlicherer und wirkungsvollerer Manier.

Im Folgenden geben wir die Rede des Staatspräsidenten wieder. Sie hat folgenden Wortlaut:

Es ist mir, meine Damen und Herren, eine Ehre, Sie hier begrüßen und Ihnen danken zu können, daß Sie der ergangenen Einladung zu dieser feierlichen Stunde Folge geleistet haben. Gestatten Sie mir zunächst, Ihnen, wie das, wenn am Neujahrstag Menschen zusammen kommen, so üblich ist, die bestgemeinten Glückwünsche für das neue Jahr zu übermitteln. Wir, die wir unser Land lieben und die wir unsere nationale Freiheit über alles stellen, haben heute das Bedürfnis, Rückschau zu halten und zu prüfen, ob im neuen Jahr bei Fortsetzung des großen Werkes des Wiederaufbaues noch Aussicht auf Erfolg besteht.

Unser aller Aufgabe ist, dem Staatsgange zu dienen. Der erste Zweck des Staates gilt der Erhaltung der öffentlichen Rechtsordnung und der Sicherung seiner Existenz. Voraussetzung hierfür aber ist die Sicherung der inneren Ordnung, wozu vor allem gehört, den Bürger und die Familie zu schützen.

Der Schutz des Menschen vor dem Menschen ist dabei leider ebenso ein dem Staat gestelltes Problem, wie die Sicherung des Staates vor dem Nachbarn ein der Menschheit gestelltes Problem darstellt.

Ein weiterer sehr wichtiger Zweck des Staates in seiner heutigen Verfassung ist die Erhaltung des privaten Rechtszustandes, die Sicherung des Eigentums. Unter Eigentum versteht man das Recht auf die unbeschränkte gänzliche Herrschaft über eine Sache. Die moderne Rechtswissenschaft läßt nur ein Eigentum an körperlichen Sachen gelten, sie vertritt den Eigentumsbegriff für Rechtsbeziehungen an unkörperlichen Sachen. Allein die Auffassungen hierüber sind schon für die theoretische Betrachtung einem steten Wechsel unterworfen; wegen der praktischen Auswertung dieses Rechtsgrundbegriffes führen die Menschen oft harte Kämpfe.

Wohin es führt, wenn Gewalt an Stelle Verständigung tritt, dafür bietet das von Krieg, von wirtschaftlichen und politischen Kriegsfolgen verwüstete Europa ein Schulbeispiel.

Das deutsche Volk ist für den Ausbruch des Krieges so wenig und so viel verantwortlich, wie seine Nachbarvölker. Ein auf Rechtensweise gestelltes Urteil hierüber ist ebenso wenig

gerecht, wie etwa die Absicht, im Ausland alle den Siegerstaaten entstandenen Kriegskosten sicherstellen zu wollen.

Das Urteil der Welt, Deutschland müsse wieder gut machen, was es im Krieg an Schäden angerichtet, stellt es als Urheber des Krieges überführt sei, ist lediglich ein von den Siegern diktiertem Urteil. Soweit dieses Urteil in bezug auf Wiedergutmachung im Einklang steht mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, wird das deutsche Volk ihm auch gerecht werden. Das politische Deutschland ist klug genug, um zu wissen, daß es das auf dem Schlachtfeld geborene Machturteil zu achten hat. Deutschland hat aber auch in dieser Lage das gute Recht für sich, gegen die von Frankreich her immer wieder aufgestellte Behauptung zu protestieren, die Deutschen hätten mit Absicht ihre Staatsfinanzen ruiniert, um sich den aus seiner militärischen Niederlage resultierenden Pflichten zu entziehen. Wenn in der französischen Kammer lechsin nun auch Briand die Behauptung aufgestellt hat, Deutschland habe sich, seit das Kabinett Poincaré am Ruder ist, zahlungsunfähig gemacht, so lehnt dieser Vorwurf nur, wie schnell selbst große Staatsmänner dem Urteil einer urteilslosen Masse glauben, wenn sie außerhalb der Regierungsverantwortung stehend, die Schwierigkeiten der Probleme aus eigenem Erleben nicht mehr kennen.

Wir Deutsche können uns durchaus in die Lage des französischen Volkes versetzen. Ihm ist seit Jahren gepredigt worden, wie aus der deutschen Arbeit die Kriegsentfaltung aufgebracht würde. Und nun glaubt sich das französische Volk vor getäuschte Hoffnungen gestellt. Wenn Frankreich über unsere teilweise unzulänglichen Wiedergutmachungsleistungen unzufrieden ist, so läßt sich das deutscherseits lediglich als die Folge einer gegen den Besiegten höchst ungewöhnlichen Weltpolitik begreifen. Eine dem Frieden geweihte Politik operiert nicht immer wieder mit militärischen Expeditionen, mit Straffaktionen und mit Beschädigung von Ingenieuren und Postbeamten in die deutsche Industrie und Verwaltung.

Deutschland beklagt den Verlust hochkultivierter Landesprovinzen, beklagt den Verlust von Kohlenbergwerken und Erzschächten. Deutschland hat weite Strecken bester Getreidefelder fortgenommen bekommen; es beklagt die Beunruhigung erheblicher, in Handel, Industrie und Gewerbe investiert gewesener Kapitalwerte. Auch beklagt Deutschland den Verlust mehrerer Millionen Arbeiter. Deutschland hat die aus dem einstigen Auslandsgeheim gehabenen Arbeitsplätze seiner Handelskolonien verloren, wirtschaftlich wertvolle Kolonien hat man ihm genommen. Seine Handelsseifahrt muß es erst wieder aufbauen.

Die militärische Besetzung der deutschen Rheinlande zermüht bei einem erheblichen Teil des deutschen Volkes die Spannkraft für die Erfüllung seiner dem deutschen Vaterland gegenüber zu leistenden Pflichten. Diese Besetzung und die von ihr ausgehenden geheim wirkenden Kräfte unterbinden in weitgehendem Maße die Einstellung des Willens auf das eine große Ziel, das da ist: Alle Kraft gilt der Wiedergutmachung, dem Wiederaufbau, der Völkerverständigung. Die für die militärische Besetzung zu bringenden geldlichen Opfer vermindern die für Reparationszwecke erforderlichen Leistungen.

Auf diese Weise verarmt das deutsche Volk völlig, treibt die deutsche Finanzwirtschaft immer tiefer in die Inflation hinein, geht die deutsche Volkswirtschaft die letzten Reste ihrer Substanz auf; Deutschland steht vor dem endgültigen wirtschaftlichen Ruin.

Und Europa? Europa läuft Gefahr, mit in den Abgrund des Völkereifers hineingestürzt zu werden. Ein militärisch starkes Frankreich kann über die Katastrophe eines wirtschaftlich niedergehenden Frankreichs so wenig hinwegtäuschen, wie etwa der hohe Währungsdruck der im Kriege neutral gebliebenen Kleinstaaten diese nicht vor volkswirtschaftlichen Rückschlägen ganz großen Ausmaßes schützen konnte.

Die Welt erklärt bislang, es fehle uns der gute Wille, unsere aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das sagt man so, ohne zu bedenken, daß ein militärisch geschlagenes, ein politisch total zerrüttetes und ein wirtschaftlich völlig zusammengebrochenes Volk sich doch erst wieder einmal selbst finden muß, ehe es zu großen Arbeiten fähig wird.

Der Mensch ist immer gewillt, eine gute Erbschaft anzunehmen; im Streite um eine solche gute Erbschaft, die beste Familie auseinander. Eine schlechte Erbschaft, erst wenn es anzutreten gilt, stößt auch nicht die Menschheit ab. In solcher Lage befinden sich die glücklichen wie die unglücklichen Erben des Weltkrieges. In ganz natürlicher Entwicklung der Folgen desselben braucht die Welt auch die Sieger nicht zu beneiden.

So gesehen, erhält aber auch das Bedürfnis der Deutschen um die Verteilung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Lasten auf die verschiedenen Ständesklassen sein Gewicht. Wären die Kriegsfolgeschäden nur erst einmal mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Übereinstimmung, dann ließen sich den von dem politischen Deutschland dem wirtschaftlichen Deutschland für Wiedergutmachungszwecke zu distanzierenden Geboten leichter Achtung und Beachtung erzwingen.

Die Autorität des Staates wächst in demselben Maße, in welchem bei dem Volk die Einsicht über die Verantwortlichkeit der ihm vom Staat auferlegten Verpflichtungen steigt. Schwer durchführbare Gesetze schwächen die Staatsautorität, geben jenen Menschen, die durch Krieg und Kriegsfolgen den inneren sittlichen Halt verloren haben, den Mut, sich gegen die Staatsgesetze aufzulehnen. Anstatt Deutschland zu helfen, mit gut ausgestatteter Staatsgewalt die Ordnung im Innern zu sichern und den Willen, sich gegen Gesetz und verbrieftes Staatsrecht aufzulehnen, zu brechen, hat man, wenn auch ungewollt, von außen her der Organisation einer ausbrechenden Polizei Pügel angelegt. Aber hinten nach beklagt man sich, wenn sich in deutschen Gauen gegen fremdländische Beauftragte Gewalttakte ereignen.

Und doch! Trotz alledem lebt in uns der Glaube an die Zukunft, lebt in uns der Wille, das harte nationale Schicksal mannhaft zu tragen, ist in uns noch die Kraft, das wirtschaftliche Elend unserer Zeit hinzunehmen, bis es in zäher Arbeit möglich ist, zu erfüllen, was ein unbarmherziges Geschick uns aufgebildet.

Gewiß ist dieses Los grauenvoll. Es zwingt unsere Kinder in eine Periode des Siechtums, es führt die Alten allgütig an Grabesrand und unsere Mütter in eine Zeit lebensverweigerter Seelenstimmung. Daneben wächst wie einst in Rom bei allen Wölfen das Heer der Hungerer, denen die Not des Volkes zum Segen gereicht und welche durch ihre Existenz politisch unreifen Menschen den Vorwand zu Geheimbündelbestrebungen geben.

Wahrhaftig, das in die Unwissenheit versunkene alte Jahr hat uns nur Leid und tiefes Elend gebracht. Vielleicht ersticht aus diesem unserm Leid und aus der Art, wie wir unser Schicksal tragen, doch noch die Hoffnung auf eine Einsicht der Welt über unsere wirkliche Lage. Von Amerika und von England kommen leichte auf Völkerverständigung eingestellte Hoffnungsstrahlen. Allerdings die rauhe Welt läßt sich die Gesetze ihrer Handlungen nicht von des Opfers Leid distanzieren. Die Absicht nach Schaffung eines Schutzes vor der Gefahr des Mit hineinziehens in den Abgrund ist wohl die Ursache des Erwachsens der Einsicht der Welt in unsere trostlose Lage.

Vielleicht morgen schon wird von Paris aus neuer Machtreif auf die schwachen und weichen Hoffnungen nach einer wirklichen Völkerverständigung niedergeschlagen. Ein Memorandum will man Deutschland zwar geben. Aber erkaufen sollen wir diese Atempause in unsere Zahlungsbedingungen mit der Abtretung der fiskalischen Wälder, Bergwerke und Bölle im besetzten Gebiet an Frankreich, mit der Duldung einer verschärften Finanzkontrolle durch die Entente. Wenn dadurch die Entente nicht zu ihrem Gelde kommt, sollen in zweiter Etappe wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Industrie und die Besetzung des Ruhrgebietes vorgezogen sein.

Das ist Defizit der Kampf um die Besitzergreifung des deutschen Rheins durch Frankreich.

Flammenden Protest melden wir hiergegen an. Deutsche wohnen über dem Rhein. Unsere Ganauer im Ahrweiler Bezirk, unsere Pfälzer, Rheinhesen und Rheinländer schmachten unter harter militärischer Knockenschaft. Deren trostloses Schicksal will Frankreich bereinigen. Eine unerhörte Völkerverächtung ist man im Begriff, zu betreiben.

Was Europa aber, was der Welt not tut, ist friedliche Verständigung.

Militärische Vorhütung auch in Frankreich, im Besonderen Rheinland ist vorhanden. Dazu dann Revision des Friedensvertrags von Versailles, Zurückziehung des Londoner Diktats vom Mai 1921 und Schaffung eines tragbaren Kriegsschuldenplanes. Deutschland braucht ein im Ausland unterzubringendes Anleihen, damit endlich einmal das Ziel der Stabilisierung der deutschen Währung und eine Ausbalancierung unserer Budgets erreicht werden kann. Alles andere ist von Belieben.

Getragen von dieser Erkenntnis gedenken wir so am heutigen Tage der leidenden Menschheit auf dem ganzen Erdenrund, des unglücklichen Europa, der schwergeprüften deutschen Nation. Mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern im deutschen Rheinland wechseln wir den Neujahrsgruß in der Hoffnung, daß bei ihnen auch im neuen Jahre fremdländische Gewalt deutsches Fühlen und Denken nicht zum Schwächen bringen möge. Unser Neujahrsgruß zieht auch dorthin in die weite Welt, wo Deutsche wieder aufs neue Pionierarbeit für die Kultur einer gesitteten Menschheit leisten.

Der engeren Heimat sei heute gleichfalls gedacht, dem Vaterland. Hierzulande regen sich in alter Gewohnheit über alle Hände zu fleißiger Arbeit. Untertänig wie Arbeiter haben, von Ausnahmen abgesehen, längst wieder ersehnt, daß nur in steter ruhiger Arbeit unser Heil, des Landes Wohl, gegründet liegt. Die religiöse und politische Betätigung kann ich frei und ungehindert entfalten. Wer die Gesetze des Landes achtet, genießt die gesetzlich garantierten Freiheiten. Nur jene Arbeit, die den Wohlstand durch die

Wirtschaftlichkeit verläßt, Staatsgewalt einholt zu gewärtigen. Dann vor allem deshalb, weil eine zuverlässige Beamtenschaft mit großer Pflichttreue den Befehlen Achtung zu verschaffen gewillt ist und weil die große Mehrheit des badischen Volkes den starken Willen, die Staatsautorität zu achten, wiederholt zu erkennen gegeben hat.

Der badische Landtag hat mit der Regierung zusammen im abgelaufenen Jahre für die wirtschaftlichen Räte der Beamtenschaft und des Volkes volles Verständnis an den Tag gelegt. Wenn es gleichwohl nicht völlig gelang, alle Not zu beheben, so liegt die Ursache hierfür nicht in der Unzulänglichkeit der Regierungshandlungen, sondern einzig und allein an den unüberwindlichen Schwierigkeiten, die ein harter Friedensvertrag geschaffen.

Des Landes Not ergibt sich aus des Reiches miffliehen Verhältnissen und diese drohen auch die Lebenskraft der Gemeinden zu erschöpfen. Was zu tun möglich war, um die untersten Lebenszellen des Staates, als welche wir die Gemeinden anzusehen gewohnt sind, vor dem völligen Untergang zu retten, geschah freudigen Herzens. Viele Hilfe ist diesen gegenüber noch vorhanden.

Der Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kraft diene eine tüchtige abwägende Finanzpolitik des Landes und sorgsamste Regelung aller den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates gewidmeten Aufgaben.

Auf dem Gebiet der Geisteskultur hat das Badische Land das Erziehbild zu erhalten versucht. Der Kunst und Wissenschaft wie den Bildungsstätten konnte noch, wenn auch mit vielen Sorgen, die Lebenskraft gewährleistet werden. Gewiß bleibt auch hier noch vieles zu tun und nachzuholen übrig. Die Not unter unserer studierenden Jugend ist riesengroß. Allein das Vaterland ist nicht minder schwer in Not. Hier hilft nicht Wohlhaben, sondern einzig die große Erkenntnis, daß man sich nach der Dede zu strecken hat und daß man heute eben manches entbehren muß, was in besseren Tagen als absolut zum Leben erforderlich angesehen werden konnte. Wer von Ihnen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge tätig ist, oder auf dem der charitativen Tätigkeit, der weiß wie ich, wie stark gefährdet unsere der Nächstenliebe geweihten Werke sind. Der Frauennverein ist zu starken Einschränkungen seiner Vereinstätigkeit gezwungen, wo doch gerade jetzt sich das Feld seiner Tätigkeit immer mehr erweitert. Für Krankenheime und Heilanstalten Kranenheime aller Art wachsen die Ausgaben ins Ungemessene. Und dabei leisten unsere Krankenschwestern unter schwersten Entbehrungen übermenschliches. Die Friedhöfe bei den Mutterhäusern der Schwesternverbände sprechen hierfür eine erschütternde Sprache.

Darf es angeht solcher Not unter uns noch Fröhlichkeit geben, die in blinder Vergessenheit den Tanz um den Beschneidenden Mammons wagen und die gewissenlos Wucherzinsen aufhäufen? Wer es da noch fertig bringt, zu prassen und wer dadurch dem Volk Anlaß gibt zu andauerndem Argernis, der handelt viel pflichtvergessener, als unsere Feinde draußen vor den Toren.

Wesig verpflichtet; die Gebote der Menschlichkeit mahnen zu gesitteter Lebensführung. Ein Staat, der diesen Geboten nicht Achtung zu verschaffen weiß, geht dem sichern Untergang entgegen. Wenn die Regierung darauf drängt, daß aufgespeicherte Lebensmittel und Bedarfsstoffe dem Volke zur Sicherung des Lebens zugeführt werden, so deshalb, weil damit wertvolle Arbeit zur Erhaltung des Gemeinschaftslebens geleistet wird. Die Rettung vor dem Untergang hängt auch hier von ab.

Der Erhaltung der Volksgesundheit widmen sich erfreulicherweise viele auf freiwilliger Hilfsarbeit aufgebaute Organisationen. Die Bekämpfung der Volksseuchen ist dabei so wichtig, wie die Erziehung der Jugend durch portliche Leistungen. Wer gute Bildung dem Volk vermittelt, hilft dem Staat gleichfalls sein nationales Leben stärken.

All den tausenden Männern u. Frauen in unserem Lande, die in uneigennütiger Weise sich zu diesen nationalen Tagen vereinen, gilt unser Neujahrgruß. Sie, meine Herren, sollen unsere Interpretanten sein. Die bad. Regierung vertraut auf Sie, wie umgekehrt die Regierung ihrer, im Vertrauen auf ihre

nationale Lebensfaktoren. Möge es gelingen, im neuen Jahr einem Teil der Schwierigkeiten Herr zu werden und neue Helfer für die große Wiedererneuerung deutscher Volkskraft zu finden.

Wenn wir so zusammenstehen und jeder an seinem Platz dem großen Ziel der uns gestellten Aufgabe zustrebt, dann muß auch in der Welt die alte Achtung vor unseren Taten wieder erwachen. Dann dürfen wir auch mit noch größerem moralischem Rechte als bisher von den Siegerstaaten Rücksichten auf die natürlichen Grenzen unserer Leistungsfähigkeiten fordern.

Um Mitleid mit unserer Lage stehen, hieße falsch handeln. Nicht Mitleid ziemt uns, sondern Recht. Gewalt und Mitleid sind unauflösbare Extreme menschlichen Handelns. Rechte allein nur schaffen den für die Erfüllung von Pflichten erforderlichen Boden. Am dies Problem wagt der Kampf der Welt, vor ihm müssen sich selbst die Mächtigen der Welt beugen, sofern Europa nicht ein Jammerthal für all Zeit und Ewigkeit bleiben soll.

Für alle Menschen und für alle Völker bleibt ewig wahr der Spruch: Friede nährt, Unfriede verzehrt! Auch für uns Deutsche gilt dieser Satz. Wir Badener wollen ihn für unser Verhältnis zu den übrigen deutschen Stämmen und zum Reich gelten lassen.

Baden ist südwestliches Grenzland des Reiches geworden. Es hat somit Grenzverpflichtungen. Verkehrsverpflichtungen und wirtschaftlich muß Baden heute große Opfer für das deutsche Reich tragen.

Während ein Industrieunternehmen inoet dabei noch keine Rechnung. Die Ernährungsverhältnisse sind durch den Fortfall des Elsas als Versorgungsquelle schlechter geworden. Gleichwohl aber stehen wir Badener wie in guten Zeiten, so auch jetzt in tiefster nationaler Not treu zum Reich, fühlen wir uns, was auch noch kommen mag, einzig mit den übrigen deutschen Stämmen.

In der Erhaltung unserer landsmannschaftlichen Eigenart fordern wir dessen ungeachtet die entsprechende Achtung und soweit es mit der Erhaltung der Existenz des Reichs vereinbar ist, Sicherung der Landeshoheiten. Wie blühende Gemeinden die besten Grundpfeiler eines gesunden Staatswesens darstellen, genau ebenso bilden verwaltungsmäßig gut intakte Länder dem Reich den besten Schutz für ein gutes Gedeihen.

Mit dieser selbstverständlichen Einschränkung fühlen wir uns als Behüter der Reichseinheit, als Grenzwehr und als Förderer eines eblen Deutschtums.

In diesem Sinne rufen wir den deutschen Stämmen zu, hatet es gleich uns, gelobet wie wir: Nicht soll uns vom Reich Zwietracht trennen und schändlicher Eigenruht!

Mag dann kommen im neuen Jahre, was immer wolle: Schlechtes oder Gutes, neue Reine oder Erlösung aus alter Qual.

Trotz alledem und entgegen aller Widerstände wollen wir es auch im neuen Jahr mit dem Dichter halten, der da sagt:

Was das Jahr auch bringt!  
Kein Wille ist so schwach,  
Daß er es nicht bezwingt!  
Ratlos steh'n,  
Siehe untergeh'n.  
Was das Jahr auch bringt —  
Glaubt fest daran: Wenn ihr nur wollt,  
Freunde, es gelingt . . . !

### Reichskanzlerrede in Hamburg

In einer außerordentlichen Versammlung im „Ehrbaren Kaufmann“ in Hamburg hielt Reichskanzler Dr. Cuno am Sonntag nachmittag eine längere Rede, in welcher er ungefähr folgendes ausführte:

An der Wende vom alten zum neuen Jahre benutze ich gerne die mir freundlich gebotene Gelegenheit, in diesem ehrwürdigen Hause über die großen Sorgen, die uns allerwärts bewegen, zu der „Versammlung des Ehrbaren Kaufmanns“ zu sprechen, in einem Kreise, dessen Arbeit der Wirtschaft Deutschlands und ihrer Verbindung mit der Welt gewidmet ist. Aus berufener Munde haben wir vor einigen Tagen gehört, daß Hamburg die Brücke sei zwischen Amerika und Deutschland. Ich nehme dieses Wort gerne auf, aber was am stärksten diese Verbindung trägt, nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern mit der ganzen Erde, das ist nach dem Sinne jenes Wortes nicht die Stadt, sondern der Geist, der Geist des „ehrbaren Kaufmanns“. Diesen Geist zeigen die Verhandlungen, die die Wirtschaftler hier in Hamburg pflegen nach den Methoden, die aus ihm fließen und die durch fünf Jahre und doch glückliche und wertvolle Lehrjahre des Wiederaufbaues hier Hamburg beherrschten. In diesem Geiste gedenke ich die Verhandlungen des Reiches zu führen, um dem Reich und unserem Volke zu dienen und zugleich der Anbahnung eines wahren Friedens der Völker, zu dem dieser Vorabend eines neuen Jahres besonders mahnt. Dieser Friede kann nur erreicht werden, wenn alle Völker sich entschließen auf den Boden der Wirklichkeit stellen.

Das gilt vor allem auch für das Reparationsproblem. Mein hauptsächlichster Standpunkt zu diesem Problem ist Ihnen aus meiner Rede im Reichstag bekannt. Sie wissen weiter, daß die neue Regierung vom ersten Tage an mit allen Kräften daran gearbeitet hat, eine Lösung des Problems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenpartei angenommen werden kann. Wir stehen vor einem Problem, das unendlich und nur lösbar ist, wenn alle Beteiligten sich entschließen, die Dinge so zu nehmen und zu sehen, wie sie sind. Schmerzlich wird ein billiger denkender Mensch es der neuen Regierung verargen, wenn sie für die Quadratur des Kreises, um die sich die prominenten Staatsmänner und hervorragendsten Wirtschaftsauctoritäten der Welt seit vier Jahren vergeblich bemühen, keine jeder Kritik entzündete Lösung in kurzen vier Wochen zu finden vermochte. Was wir vom Standpunkt des „ehrbaren Kaufmanns“ bieten können, läuft Gefahr, von der Gegenseite als unzureichend zurückgewiesen zu werden, und was weit genug ginge, um das Wohlgefallen der Welt zu finden, entfernt sich in gleichem Maße von der Grundgedanke männlicher Ehrlichkeit. Dabei ist zu beachten, daß die

richtig verstandene Leistungsfähigkeit Deutschlands sich aus den finanziellen und wirtschaftlichen Faktoren ergibt. Es kann nur die Lösung nicht lediglich eine bank- und finanz-

technische sein, sondern nur in einem wohlbestimmten Zusammenhange finanzieller Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichen Vermögens bestehen. Rechtlich und tatsächlich ist die Frage der Leistungsfähigkeit entscheidend. Rechtlich sind nach dem Vertrag von Versailles die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands die Maßgabe für den Umfang der Verpflichtungen Deutschlands, tatsächlich, weil eine Überbewertung der Leistungsfähigkeit zur Verkleinerung und zur Verkrümmung der Substanz und der künftigen Leistungsmöglichkeiten führen muß, wie aber zu einer Steigerung der Leistungen führen kann.

Beim Antritt der Regierung habe ich im Reichstag auf die Ergebnisse hingewiesen, die von unparteiischer ausländischer Seite über die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit vorliegen. Nur die wichtigsten dieser Erklärungen hebe ich hervor. Ihnen allen ist das Wichtigste bekannt, das das internationale Anleihen im Jahre 1921 in Paris nach einer rein wirtschaftlichen Prüfung der Sachlage im Juni dieses Jahres der Reparationskommission überlassen hat. Dieses Dokument ist nach meiner Überzeugung das Beste und Beste, was über die Reparationsfrage geschrieben ist und sollte die Magna Charta, den Katechismus für alle künftigen Erörterungen und Untersuchungen des Reparationsproblems bilden. Der kurze Sinn dieses denkwürdigen Dokumentes ist, daß Deutschland aus eigenen Mitteln die ihm gegenwärtigen Reparationslasten nicht tragen kann, daß es dazu vielmehr an den internationalen Kapitalmarkt appelliert, daß ein solcher Appell aber nur dann Erfolg verspricht, wenn die Schuldsumme aus dem Londoner Minimum auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird, die Reparationsfrage geregelt und Europa von dem

Damals schwerer der Zwangs- und Gewaltmaßnahmen, der Sanktionen und Retoriken befreit wird. Nur in dieser bedeutungsvollen sind die hiermit übereinstimmenden Gedankengänge der Gutachten, die Anfang November die beiden Gruppen internationaler Sachverständiger in Berlin nach eingehender Prüfung aller tatsächlichen Verhältnisse erließen. Sie sind überdies einzig darin, daß jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern muß, solange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Vertrag von Versailles entlastet wird.

Die Verbindung des Gedankens einer endgültigen Lösung mit dem Gedanken von Anleihen regiert auch die Note der Reichsregierung vom 14. November 1922 und die Vorschläge, die ich dem englischen Ministerpräsidenten als dem Vorsitzenden der Anfang Dezember in London tagenden Premierministerkonferenz unterbreitet habe. Diese Vorschläge sind dazu bestimmt, der

### endgültigen Lösung der Reparationsfrage

die Wege zu ebnen. Heute handelt es sich darum, auf diesem Wege weiterzugehen, denn die weiteren Erörterungen und die neuen Untersuchungen haben uns in der Erkenntnis bestärkt: Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, aber Deutschland hat nur dann Aussicht auf solche Anleihen, wenn seine Leistungspflicht endgültig beseitigt ist. Das Ziel unserer Arbeit ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen. Das ist in enger Fühlung mit den Personen und Kräften des Wirtschaftslebens geschehen.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann ich Ihnen, meine Herren, nicht verschweigen, daß das erneut gewonnene Bild von dem noch verbliebenen Rest unserer Leistungsfähigkeit trübe ist. Das kann die Welt nicht wundern, hat doch die Reparationskommission selbst am 31. August 1922 einstimmig die deutsche Zahlungsunfähigkeit anerkannt. Zur Regelung bedarf es wirklich nicht der Unterstellung, die wir unlängst wieder hören mußten: daß Deutschland sich als Schuldner selbst systematisch ruiniert habe, um sich von der Reparationszahlung zu befreien. Es ist wahr, daß unsere deutsche Wirtschaft bedeutende Merkmale des Ruins zeigt. Es ist Ruin, wenn unser Ackerboden nicht mehr so bestellt und gebüngt ist wie vorher, wenn wir für die Volksernährung keine neuen Häuser bauen, die Menschen zusammenpacken und die alten Häuser zu Schanden kommen lassen müssen, wenn unsere Industrie die flüchtigen Betriebsmittel zum größten Teil verloren hat und ihre Renten, in Goldmark umgerechnet, überhaupt nicht mehr Gewinn zu nennen und ohne kapitalbildende Kraft sind. Aber wenn gesagt worden ist, daß ein solcher Ruin von uns angestrebt worden sei, um Deutschland leistungsunfähig zu machen, glaubt wirklich jemand im Ernst, daß Deutschland, nur um seine Gläubiger zu schädigen, Selbstmord begeht? Die Wahrheit sieht anders aus. Der schwerste und unglücklichste Krieg der neueren Geschichte hat uns wertvolle Bestandteile nationalen Gebiets und des Volkswertens abgenommen. Seine Folgen haben eine tiefgehende Verwitterung unserer Wirtschaft über uns gebracht. Schlimmer noch als dies: der Versailler Vertrag hat Deutschland von der wirtschaftspolitischen

Gleichberechtigung der Handelsvölker ausgeschlossen, seiner Wirtschaft den festen Boden entzogen, unsere Währung zerrüttet und unseren Wirtschaften die Möglichkeit klarer Dispositionen genommen.

Und trotz alledem haben wir in den letzten Jahren Leistungen an die Gegenseite durchgeführt, wie sie früher ein Volk in der neueren Geschichte als Kriegsentzähigung nie getragen hat. Aber richtig bleibt: unsere Leistungsfähigkeit ist im Streit befangen. Was wir für ein kaum noch erträgliches Opfer halten, das uns entgegen dem ungeschriebenen Recht unseres Volkes und nach den Bestimmungen des Vertrages ans Leben geht, wird hinter den Erwartungen selbst der ehrlich auf eine praktische Lösung Bedachten auf der anderen Seite zurückbleiben. Wer von beiden hat Recht? Wo ist der unparteiische und untrügerische Wertmesser der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft? Im Leben des Einzelnen ist das Spiegelbild seiner Leistungsfähigkeit sein Kredit; im Leben der Völker ist es nicht anders. Unsere Leistungsfähigkeit kann am besten gemessen werden an dem Kredit, den die Finanzwelt Deutschland zu gewähren bereit ist, und an dem Maße, in dem die internationalen Sachverständigen die Ernsthaftigkeit ihres Votums durch die Bereitschaft zu bekräftigen entschlossen sind, die von ihnen als aufrichtig bezeichneten Summen in der Form internationaler Anleihen auf sich zu nehmen und ihrer Rumbilanz anzubieten. Kein Gläubiger der Welt aber wird Deutschland Kredit gewähren, ehe die Leistungsfähigkeit Deutschlands so bestimmt unrichtig ist, daß er über die Grundlage seines Kredits ein völlig klares Bild hat. Neben diesen Notwendigkeiten ist die für Deutschland wie für seine Gläubiger gelten, steht das Bedürfnis, vor allem Frankreich, sofort mit einer bestimmten Summe rechnen zu können. Auch dieses Bedürfnis haben wir mit unseren Vertragsgegnern gemeinsam; denn wir brauchen gleichfalls bestimmte Größen für die Gegenwart und zur Berechnung unserer nationalen Wirtschaft. So sind wir entschlossen, eine feste erste Summe auf uns zu nehmen; wir sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonferenzen aufzubringen und soweit dies im Anleihenwege nicht gelingt, sind wir Willigungsbereit zu begeben. Da nach dem Urteil der Welt die deutsche Wirtschaft zerrüttet, arm und verarmt, für die nächsten Jahre unbedingte der Hilfe bedarf, soll der Betrag, der für den Dienst der Anleihe in den ersten Jahren erforder-



